Dresden 1881.

Redaktion, Exp. 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfg., durch die Post 2 Mark 75 Pfg. Einzelne Nummer 10 Pfg.
Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme: außerdem: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Montag bis 12 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr, Abends 6 Uhr angenommen. Preis für die Petitzeile 20 Pfg. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfg. Eingesandt die Zeile 30 Pfg.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 25 Pfg.

Unterröcke
für Erwachsene und Kinder in allen Sommer-Stoffen, **eigenes Fabrikat,** empfiehlt das grösste Lager zu denkbar billigsten Preisen
W. Metzler,
14 Altmarkt 14, Part. u. 1. Et.
Anfertigungen nach Mass in kürzester Zeit.

Neuheiten. Tapeten Neuheiten.
Wand- u. Plafond-Decorationen (eigenes Fabrikat) von den **billigsten** bis zu den **feinsten** Gattungen empfehlen in **reicher** Auswahl und zu den **denkbar billigsten Preisen**
Conrad & Consmüller,
Waisenhausstrasse 13 (nächst dem Georgplatz).

Schlafdecken
in allen Grössen und Qualitäten von dem billigsten bis zu dem feinsten Genre empfiehlt das grösste Lager
W. Metzler,
14 Altmarkt 14,
Parterre und 1. Etage.

Nachttelegramme. Paris. Breard hielt am 15. Mai eine Revue der Truppen bei Tunis ab. Eine große Volksmenge wohnte derselben bei. Breard geht morgen mit den Truppen nach Beja ab.

Marseille. Gegen die Theilnehmer der Manifestation zu Gunsten der Jesse Helsmann soll die gerichtliche Verfolgung eingeleitet werden.

London. Gladstone ist erkrankt und bettlägerig.

Athen. Der König unterzeichnete die Decrete, betreffend die Bildung von 6 neuen Bataillonen, nicht. Es heißt, der Kriegsminister werde demissioniren.

Nr. 138. Witterung vom 17. Mai: Barometer nach Oskar Bdzoch, Wallstraße 15 (Abds. 6 U.) 761 Mill., seit gestern 9 Mill. gestiegen. Thermometerstr. n. Reaum.: 11° W., niedr. Temp. 9° W., höchste Temp. 17° W. Nord-West-Wind. Heiter. Aussichten für den 18. Mai: Veränderlich, zunächst kühl, später wärmer, Niederschläge. **Mittwoch, 18. Mai.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Abermals ist ein wichtiges Gesetz, auf welches Fürst Bismarck große Hoffnungen gesetzt hatte, durchgefallen. Die Verfassung des Reiches sollte nach zwei Seiten hin Abänderungen erfahren: einmal sollte die Legislaturperiode von 3 auf 4 Jahre verlängert, zum Anderen der Reichstag künftig nur aller 2 Jahre regelmäßig einberufen werden. Das Erstere wurde durch gütige Unterstützung des Abg. v. Bennigsen bewilligt, hingegen beschlossen, daß der Reichstag alljährlich im Oktober einzuberufen sei. Da sich aber der Bundesrath entschieden gegen diese Vorschrift ausgesprochen hatte, so war das Gesetz trotz der Verlängerung der Legislaturperiode für die Konservativen und das Centrum ungenießbar geworden. Erst hatte eine Henne von Rechts das Verfassungs-Ei angebrütet, dann eine Ente von Links, als aber das Küchlein die Eierschalen des Gesetzes durchbrochen hatte, kam eine solche Spottgeburt heraus, an der Niemand eine rechte Freude hatte. Kein Mensch mochte sich zur Vaterschaft des Monstrums bekennen, es wurde kurzer Hand im Reichstage abgekehlt. Es bleibt also Alles beim Alten. Das Volk muß aller 3 Jahre einen neuen Reichstag wählen und dieser tritt alle Jahre zusammen. Den Sozialdemokraten ist auch die Wahl erst aller 3 Jahre noch ein viel zu großer Zwischenraum; alle Vierteljahre womöglich die Wahlagitation! So käme man denn glücklich zu einem Wahlfieber, das den Körper der Nation ununterbrochen schüttelte und jedes ordentliche Geschäftsleben unmöglich machte. Aus der Wühlbuverei käme man gar nicht heraus, die Aufregung hätte das ganze Jahr kein Ende, aber die goldene Zeit für die berufsmäßigen Agitatoren wäre angebrochen. Wie würden sich diese Herren als „deutsche Volksmänner" an die Brust schlagen, wenn sie auch bei Lichte besehen, nur „cigarrenverkaufende Jünglinge" aus jüdisch-Polen sind, wie Herr Max Kayser! Edel muß man die Dreistigkeit nennen, mit der sie zum Scheine Erweiterungen der Rechte des Reichstages fordern, um in der nächsten Minute zu sagen: auch ein Reichstag, der so ausgestattet würde, wie wir es verlangen, taugt Nichts — weg mit ihm! direkte Volksgesetzgebung! Das ist ungefähr so, als wenn ein Lehrling von seinem Meister die vollständige Verfügung über die Werkstatt Namens der „Menschenrechte" fordern, ihm aber mit liebenswürdiger Offenheit zugleich sagen wollte: Wenn Du mir meine Bitte gewährt haben wirst, jage ich zum Danke Dich zum Tempel hinaus. Was wird wohl ein verständiger Meister mit einem solchen Schlingel machen? Den Sozialdemokraten wird die Antwort nicht schwer fallen. Wahlkreise aber, die bisher Sozialdemokraten in den Reichstag entsendeten, werden gut thun, wollen sie auch ferner noch im Reichstage vertreten sein, vorsichtshalber keinen Sozialdemokraten zu wählen.

Der Kaiser hat zwar seine Unterschrift unter den Gesetzentwurf gesetzt, welcher einen Platz in Berlin für das künftige definitive Parlamentsgebäude anweist. Damit ist aber nicht gesagt, daß der Bundesrath diesen Entwurf annimmt und an den Reichstag bringt. Die Abneigung des Reichskanzlers gegen Berlin als immer und ewige Parlamentsstadt wird sich zeitig genug als Hinderniß geltend machen. — Fürst Bismarck scheint neuerdings, im Gegensatz zu dem gestern hier Entwickelten, noch einen Versuch unternehmen zu wollen, eine Betheiligung der Staatskassen zu der Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle aller Art zu erreichen. Auch die Konservativen haben bedauert, die Bestimmung wegen des Staatszuschusses nicht durchsetzen zu können; es wird in diesen Kreisen geltend gemacht, daß die Streichung des Staatszuschusses und die Heranziehung sämmtlicher Arbeiter zur Prämienzahlung die arbeitende Klasse der Regierung nicht gewogener machen werde. Es heißt jedoch, daß der Kanzler selbst trotz seiner peremtorischen Erklärung, falls das Zustandekommen des Gesetzes davon abhängig sein sollte, auch sich mit dem jetzigen Kommissionsantrage, der von keinem Staatsbeitrage Etwas wissen will, vor der Hand begnügen würde. Seine letzte Entscheidung über das ganze Unfallversicherungsgesetz hat der Kanzler noch nicht gefaßt. Man nahm aber an, daß der Fabrikant Stumm am getreuesten seine Ansichten vertrete und dieser unternahm bisher keinen Versuch, den Staatszuschuß wieder in die Vorlage hineinzubringen.

Ein nettes Stückchen Hamburger Freihandelspolitik wird aus Amerika berichtet. Die amerikanische Regierung ist gegen mehrere Hamburger Kapitäne gerichtlich eingeschritten, weil diese viel mehr Auswanderer in ein Schiff zusammengepackt hatten, als sie eigentlich durften und gesetzlich erlaubt war. Der große Andrang zu den Ueberseedampfern legt den Hamburger Menschenfleisch-Transporteuren das Ueberschreiten dieser Vorschriften sehr nahe. Am letzten Montage landeten in New-York 6521 Personen, meist Deutsche; für den Monat Mai ist das Eintreffen von 10,000 Einwanderern signalisirt. Wir meinen jedoch nicht blos die amerikanischen Behörden hätten Grund, darauf zu sehen, daß die Auswanderer nicht wie Sklaven oder Schlachtvieh zusammengepackt würden, sondern vor Allem die deutschen Behörden unserer Seestädte hätten die Pflicht, darauf zu sehen, daß unsere deutschen Brüder nicht auch noch bei ihrem Verlassen des heimathlichen Bodens schnöder Ausbeutung zum Opfer fielen. Es ist tief beschämend, wenn die amerikanischen Behörden deutsche Kapitäne und Schiffsrheder zwingen müssen, gegen deutsche Auswanderer nicht die einfachsten Gebote des Rechts und der Humanität zu verletzen! Wenn die hanseatischen Behörden nicht im Stande sind, solche Schmach von Deutschland abzuhalten, so müßte das Reich die Sache in die Hand nehmen.

Die Italiener ernten in Tunis jetzt, was sie so lange gesät. Sie bilden sich ein, Europa würde außer'm Häuschen sein, weil nicht sie, sondern die Franzosen Tunis einstecken. Selten aber ist eine kleinliche, hinterlistige Intriguenpolitik so zu Schanden geworden. Deutschland hat es den Italienern nicht vergessen, daß sie, obwohl sie uns Alles verdanken, 1870/71 mit Sympathien und materiell die Franzosen unterstützten. Wie kann aber Italien in seiner kläglichen Lage von Oesterreich Hilfe erwarten, da es seine lüsternen Ansprüche auf Wälschtirol, Triest und Dalmatien nie aufgegeben hat? Als vor Kurzem der Doppelkrieg Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland bevorstand und wir nur auf die Waffenbrüderschaft Oesterreichs rechnen durften, verharrte Italien in Zweideutigkeit — nie konnten wir von ihm erfahren, ob es nicht seine hahnenfedergeschmückten Bersaglieri gegen unseren Bundesgenossen Oesterreich in die Alpenpässe kommandiren würde. Und wegen eines so doppelzüngigen Staates, der auf allen Herden streicht, der nach Nord und Süd seine gierigen Augen streifen läßt, um irgendwo einen Fetzen Landes zu ergattern, sollten wir uns mit Frankreich überwerfen? Italien zwingt Oesterreich starke Wache in Wälschtirol und an dem adriatischen Meere zu halten; umgekehrt dürfen wir hoffen, daß wenn Frankreich nicht mehr einzig auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen stiert, sondern für seinen Kulturberuf in Afrika ein weites Wirkungsfeld findet, dann Europa von einer militärischen Zwangslage befreit sein wird, die auf die Dauer unerträglich ist, weil sie die besten Volkskräfte verzehrt, einen beträchtlichen Theil des Volksvermögens für unproduktive Zwecke in Anspruch nimmt und die politische, soziale und geistige Entfaltung unnatürlich hemmt. Besser als durch die umfassendsten und kostspieligsten Rüstungen wird der Friede Europas durch eine dauernde Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gesichert sein.

Den Italienern selbst ist es nur heilsam, wenn sie zu der Ueberzeugung ihrer Schwäche kommen, die daher rührt, daß bei ihrer macchiavellistischen Politik kein Staat auf sie rechnen kann. Italien ist von allen Seiten verlassen, höchstens der Sultan zählt zu seinen Freunden. Es ist für Italien ferner nur ein Glück, daß sein König aus den Händen der demokratischen Krakehler befreit wird. Man mag es bedauern, daß das Ministerium Cairoli große Reformen, wie die Aufhebung des Zwangskurses für seine Banknoten und ein besseres Wahlgesetz, unvollendet lassen muß, aber das kann das konservative Ministerium Sella auch zu Ende führen. Italien bedarf der festen Hand eines einsichtigen Staatsmannes, und da Sella dem Könige rathet, die in unzählige Fraktionen zersplitterte Kammer mit ihren endlosen Wortgezänken und Klopffechtereien heimzuschicken, so ist Aussicht vorhanden, daß eine verständigere Politik an der gelben Tiber zu Ansehen kommt.

Deutlicher konnte der Umschwung der russischen Politik nicht manifestirt werden, als durch die Ersetzung von Loris Melikoff durch den Panslavisten Graf Ignatiew. Die Verlogenheit dieses Altrussen ist sprüchwörtlich; sein diplomatischer Spitzname ist „Vater der Lüge". Der künftige Lenker der Geschicke Rußlands ist durch den von ihm abgeschlossenen berüchtigten Vertrag von Stefano aller Welt bekannt. Europa zerriß diesen Vertrag und ersetzte ihn durch den Frieden von Berlin, Ignatiew fiel in Ungnade, jetzt kommt er zu den höchsten Ehren. Bereits einmal hat er sein Vaterland schwer geschädigt, er trieb es in den Krieg gegen die Türkei, aus dem Rußland nur mit großer Einbuße an Macht, Ehre und Ansehen hervorging. Jetzt ist ihm ein zweites Mal die Regierungsgewalt anvertraut. Europa sehe sich vor! Im Innern Rußlands aber bedeutet der Wechsel die Einführung der Schreckensherrschaft. Den Dynamit will man mit dem Galgen bekämpfen. Jede freie Meinungsäußerung wird erstickt, die Presse striemiger geknebelt als früher. Von öffentlichen Schäden darf Niemand mehr sprechen, bis eines Tages das Unheil auch den Verblendetsten klar vor Augen liegen wird.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 17. Mai.

Berlin. Reichstag. Die Aufnahme einer Anleihe von ca. 12½ Millionen für die elsaß-lothringischen Reichsbahnen, ebenso das Aichungsgesetz wird in dritter Lesung genehmigt, abgesehen von § 6 (festverschlossene Flaschen und Krüge nicht aichungspflichtig), der an die Kommission zurückgeht. Von einer Verweisung des Brausteuerentwurfes an eine Kommission war in 1. Lesung abgesehen worden. Nun haben die Abgg. von Below, Uhden und Löwe-Bochum einen abgeänderten Entwurf eingebracht, wonach das zur Bier- und Essigbereitung bestimmte Malz mit 2 Mk. pro Ctr. besteuert, die Verwendung von Malzsurrogaten zur Bierbereitung aber bei 50 bis 1000 Mk. Geldstrafe verboten werden soll. Bundeskommissar Geh. Reg.-Rath Boccius gab ausführliche ziffernmäßige Darlegungen zum Beweise dafür, daß eine Erhöhung der Brausteuer eine Vermehrung des Branntweingenusses nicht nach sich ziehe und ebenso wenig das Brauereigewerbe gefährde. Dr. Witte-Mecklenburg trat dem entschieden entgegen, indem er sich dabei auf die Aussprüche der Gegner einer Erhöhung der Branntweinsteuer bezog, die selbst eine Vermehrung des Branntweingenusses durch Erhöhung der Brausteuer nicht zu leugnen vermöchten. Freiherr v. Nordeck zur Rabenau wünscht Reform der Rübenzuckersteuer. Reinicke erklärt Namens der Nationalliberalen, daß sie einer Erhöhung der Getränkesteuern dann zustimmen würden, wenn der Ertrag zur Beseitigung anderer drückender Steuern verwendet würde. Die einseitige Erhöhung der Brausteuer müßten sie ablehnen. Rickert: Nach dieser Erklärung wird die Regierung nicht anstehen, die betr. Steuern zu beantragen. v. Benda entgegnet, er habe schon in der 1. Lesung erklärt, daß seine politischen Freunde bereit seien, gegen Beseitigung der so drückenden Getreidezölle erhöhte Getränkesteuern zu bewilligen. Uhden: Auf seiner Seite sei man ja einer entsprechenden Erhöhung der Branntweinsteuer nicht abgeneigt. Bundeskommissare Scholz und Burghard treten für die Erhöhung der Brausteuer ein. Mache man die Zustimmung von der Erhöhung der Branntweinsteuer abhängig, so werde man bei Einbringung einer den Branntwein betreffenden Vorlage wieder auf den Vorbehalt: erst das Bier, gefaßt sein können. Die Regierungsvorlage wird abgelehnt; nur vereinzelte Konservative erheben sich für § 1. Hierauf begründet v. Below obigen Antrag, gegen den sich v. Ow-Freudenstadt wendet, weil es Malzsurrogate gebe, die ganz zweckmäßig und oft nicht wohl zu vermeiden seien (Malö). Schädliche Surrogate fielen ja unter das Nahrungsmittelfälschungsgesetz. Witte-Mecklenburg polemisirt scharf gegen die Angriffe, die v. Below s. Z. gegen das Bier gerichtet. Dr. Reichensperger-Crefeld will keine Zusätze zum Bier. Man finde so schwer die Grenze, schließlich wisse man gar nicht mehr, was Bier sei. Es gehe da wie beim Wein. Auf die Chemiker könne man sich nicht verlassen, da dieselben ja nicht die Pflicht hätten, herumzugehen und die Biere zu prüfen. Die beste Analyse liefere die Zunge des Kenners. Dr. Mendel bestreitet das entschieden. Löwe-Bochum bemerkt im Schlußwort, daß das Publikum insofern geschützt werde, als es für sein Geld auch bekomme, was es verlange. Der Antrag geht an eine Commission. Bei Feststellung der morgigen Tagesordnung wird auf Wunsch des Dr. Rentzsch die Glauchau-Meeraner Petition abgesetzt, weil man noch die Resultate der von der k. sächs. Regierung angestellten Enquete abwarten will.

Berlin. Wie verlautet, hat der Reichskanzler den Kompetenz-Konflikt erhoben gegen den Beschluß des hiesigen Landgerichts, Arrest auf das Guthaben der rumänischen Regierung bei mehreren hiesigen Bankhäusern zu legen.

Berlin. Gegenüber den Meldungen, welche den Rücktritt des Cabinets Cairoli mit dem ablehnenden Resultat bez. der Anregung zu einer europäischen Konferenz in der Tunisfrage verbinden, wird offiziös versichert: hierher ist eine Anfrage des angegebenen ähnlichen Inhalts überhaupt nicht gelangt.

Konstantinopel. Die ottomanischen Delegirten zogen die bekannten vier Punkte zurück. Die Verhandlungen in der griechischen Grenzfrage verlaufen befriedigend und wird nach einigen Sitzungen vollständiges Einvernehmen erwartbar.

Tunis. Der Bey erklärte dem Sultan gegenüber, daß er den Vertrag nur deshalb schriftlich unterzeichnet, weil er nicht anders handeln konnte. (Es heißt, Frankreich würde den Bey auf dem Throne erhalten, falls der Sultan die Absetzung beabsichtigte. Der Bey verlieh dem französischen General Breart das Großkreuz des Nischan-Ordens.

Berliner Börse. Erhebliches Angebot, gedrückte Course, als Folge starken Realisationsbedürfnisses der Hausse- und lebhafte Minirungsarbeit der Baissepartei. Die Reaktion mußte ja naturgemäß eintreten; zudem hat die haute-finance mit der erfolgten Subskription der Ungarischen Goldrente auch ein gut Theil von Interesse an der Fortsetzung der Hausse verloren. Schluß besser infolge fester Pariser Meldungen. Oesterr. Credit 5, Ungar. 7, Franzosen 2, Lombarden 3 M. schlechter. Deutsche Bahnen wenig schwächer, während österreichische stärkere Einbußen erlitten. Prioritäten still, österreichische matter. Banken geschäftslos. Diskontogesellschaft 2½, Deutsche Bank 2 Proc. niedriger. Dresdner Bank, Leipziger Credit und Leipziger Diskonto Bruchtheile schlechter. Deutsche Fonds ziemlich unverändert, fremde matt, mit Ausnahme der sehr beliebten Rumänischen Rente, die ¾ Proc. gewann. Bergwerke besser, aber still. Laura gewann 1¾ Procent.

Lokales und Sächsisches.

— Der Graf und die Gräfin von Flandern haben auf der Rückreise von Wien nach Brüssel unseren königlichen Majestäten in Ems einen Besuch abgestattet. Unsere Königin war den belgischen Herrschaften bis Kassel entgegengefahren. Ausflüge nach der „Schönen Aussicht" bei Kemmenau und dem Städtchen Nassau, in Verbindung mit Besichtigung des Denkmals des Ministers v. Stein, wurden von den hohen Herrschaften in den letzten Tagen unternommen. Se. Maj. der König gebraucht nicht nur eine Brunnenkur, sondern inhalirt auch eifrig.

— Orden. Generallieutenant von Carlowitz und Major von Schimpff erhielten den Herzoglich Braunschweigischen Orden Heinrichs des Löwen; Ersterer das Großkreuz, Letzterer das Kommandeurkreuz 2. Klasse.

— Die ev.-luth. Landessynode vollzog in ihrer gestrigen Sitzung die Wahl eines Ausschusses zum Entwurf eines Gesangbuchs für die ev.-luth. Landeskirche. Gewählt wurden Prof. Dr. Frikke (Leipzig), Kammerherr v. Erdmannsdorf, Prof. Legler, Sup. Meier (Dresden) und Kunze (Meißen). Aus dem Erlaß selbst geht hervor, daß die Ausarbeitung eines Gesangbuchs seit 1876 theils durch Krankheit des dazu bestellten Referenten, theils durch Inanspruchnahme der Kräfte des Landeskonsistoriums für Bearbeitung der neuen Agende verzögert worden. Es ist bei Entwurf des neuen Gesangbuches den gemachten Abänderungsvorschlägen möglichst Rechnung getragen, auch sind die für den Anhang empfohlenen Stücke größtentheils zur Aufnahme gelangt, mit Ausnahme der ökumenischen Symbole, die bereits im Katechismus enthalten, des nicäno-constantinopolitanischen Symbolums und der Passionsgeschichte, da hierfür die Agende hinreichend Ersatz bieten. Ebenso hat des Raummangels wegen von einer genügend umfänglichen Geschichte der deutschen Reformation abgesehen werden müssen, dagegen ist das für die Schule Wünschenswerthe thunlichst berücksichtigt worden. Schließlich giebt das Landeskonsistorium die Zusicherung, daß es bei Einführung des Gesangbuches in den Gemeinden möglichste Erleichterung walten lassen werde, auch dem früheren Uebereinkommen mit der Landessynode gemäß eine zwangsweise Einführung nicht beabsichtigt sei. — Den zweiten Theil der Tagesordnung erledigten die Herren Synodalen Oberbürgermeister Stübel und Freiherr von Welck mit Vorträgen über Wahlprüfungen.

— Die Direktorstelle an der III. Bezirksschule auf der Brauergasse ist vom Rath dem Lehrer Bruno Wüller (I. Bürgerschule) übertragen worden.

— Der Bezirksverein rechts der Elbe hatte kürzlich an den Stadtrath ein Gesuch gerichtet um Zuschüttung der Chausseegräben auf der Schillerstraße und Herstellung erhöhter Fußwege auf beiden Straßenseiten. Der Rath hatte schon früher bei anderer Veranlassung über diese Frage verneinend beschlossen, da den Alleebäumen die nöthige Bodenfeuchtigkeit entzogen würde. Auch der Bezirksvereinsantrag fand jetzt Ablehnung.

— Diejenigen aus der Nähe und Ferne Dresdens, welche nächsten Sonntag einen Ausflug nach der Residenz machen, werden auf den schönsten Punkten innerhalb Dresdens, dorpelt schön mitten im Frühling, ein belebtes Bild finden. Das Lokal-Comité für das König Johann-Denkmal hat außer den gestern erwähnten zwei Concerten im K. Palaisgarten auch ein solches Vormittags von 11—2 Uhr auf den gesammten Räumen der Brühl'schen Terrasse gegen beliebiges Entree arrangirt. Außer den gestern erwähnten Militärkapellen und der Kapelle des K. Belvedere sind die hiesigen 3 Chorgesangvereine (Dreyßigsche Akademie, Schumann'sche Akademie und Neustädter Chorgesangverein), sowie mehrere Männergesangvereine im Hinblick auf den patriotischen Zweck bereit, durch ihre musikalische Mitwirkung die festliche Veranstaltung zu fördern. Auch der Gesangverein des K. Polytechnikums „Erato" hat ausnahmsweise seine Mitwirkung zugesagt. Desgleichen werden die Dresdner Rudervereine angesichts des Festes auf der Terrasse eine Corsofahrt auf der Elbe veranstalten.

— Das früher am rechten Elbufer unterhalb des Grundtschen Dampfsägewerkes aufgestellte städtische Freibad für Männer befindet sich von diesem Sommer ab ebenfalls am rechten Elbufer, jedoch oberhalb der Körnerstraße hierselbst.

— Taktvoller Weise hat man die Weihe des neuen Johannesfriedhofes vorbeigehen lassen, ohne die herrschende Erbitterung noch weiter zum Ausdruck zu bringen. Der Segen der Kirche hat ja mit den Antecedentien dieser Gründung nichts zu thun. Wäre es nur mit einer Vergewaltigung Tolkewitzens abgethan, dem der Friedhof oktroyirt worden ist, so könnte man denken, höhere Zweckmäßigkeitsgründe legten dem einzelnen Ort diese Opfer auf und er werde sie verschmerzen müssen. Aber was ist an der neuen Gründung zweckmäßig? Eine einfache